



Kreisgruppe Bielefeld

MV 23.09.2023, Bericht über die Arbeit der Kreisgruppe 2022 - 2023



Naturschutz

**Flächenschutz
Stellungnahmen
Regionalplan OWL**

Gewässerschutz

Verkehrswende

Klimaschutz

BUND-Jugend

**Daten und Fakten
Gruppentreffen
Vorstandstreffen**

**Öffentlichkeitsarbeit
Veranstaltungen, Aktionen
Kooperationen**

BUND-Kreisgruppe 2022 - 2023

Mitglieder:

2016: 796
2017: 992
2018: 1.324
2023: 1.400

Gruppentreffen 5 + 2

Vorstandstreffen 9

Klima AG 6

Naturwald-AG 4

AG Bürgerbeteiligung 3

Online öffentliche Angebote 4

Wanderungen 3

Praxisseminare, Aktionen 5

Aufruf zu Demos 7



Internet, Facebook ...

BUND Kreisgruppe Bielefeld · 20. Apr. ·

Verantwortliches wirtschaften im Wald sieht anders aus. Privater Waldbesitzer lässt im April mit einem H... Mehr anzeigen



bielefeld.bund.net
Harvester verwüsten geschützten Lutterwald

BUND Kreisgruppe Bielefeld · 24. Aug. ·

Die #L712n soll die Autobahn A2 mit der Herforder Straße verbinden. Dies ist aus verkehrspolitischer Sicht ... Mehr anzeigen



buergernaehe.wordpress.com
L712N: Baukosten verdoppelt! STOP jetzt!

bund_bielefeld · Gefolgt

Deutschlandtakt ! JA, ABER...
NICHT mit dem 3. Zielfahrplan !

- zu unzuverlässig
- zu spät
- zu teuer
- zu klimaschädlich
- zu umweltschädlich



BUND
Gefällt 32 Mal
bund_bielefeld Zwischen Bielefeld und Hannover plant die DB eine Superschnelltrasse. Der sog. 3.Zielfahrplan gibt die Fahrzeit und... mehr

bund_bielefeld · Gefolgt



Geplatze Pkw-Maut: Bund zahlt 243 Millionen Euro Schadensersatz

bund_bielefeld · Gefolgt

Gefällt 24 Mal
bund_bielefeld Ve... sein. 243 Mio € fü... derzeitige Ministe...
naturgarten_range... schwer auf das He...

bund_bielefeld · Gefolgt

Naturschutz statt „Ententeich“
Naturschutzverbände beziehen in einem offenen Brief Stellung zur Johannisbachau



BUND
FREUNDE DER ERDE
Gefällt 59 Mal
bund_bielefeld Die Stadt hat mit einem Ratsbeschuß die Ausweisung der Johannisbachau zum Naturschutzgebiet beschlossen. Dazu wird i... mehr
Alle 9 Kommentare ansehen

BUND Kreisgruppe Bielefeld · 1. Feb. ·

Naturschutzverbände verlassen unter Protest das Dialogplenium der Bahn - Mit Vorfestlegung auf 31 Min... Mehr anzeigen



bielefeld.bund.net
Dialogprozess der ICE-Strecke Hannover-Bielefeld vor die Wand gefahren



BUND
Gefällt 34 Mal
bund_bielefeld Liebe BUND-Mitglieder und Interessierte!... mehr
florianb.87 Termin leider zu knapp
bund_bielefeld @florianb.87 Mit wenigen Ausnahmen treffen sich BUND Menschen einmal

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Klimabündnis Bielefeld



AG ICE



Kooperationen

Bündnis Verkehrswende OWL



Klimabeirat Bielefeld BKB
 Naturschutzbeirat
 AG Konversion
 AG-Regionalplan
 Naturwald-AG
 Gespräche mit Parteien

Lobby für Bäume



BUND Obstwiese



Naturschutz

Flächenschutz
Stellungnahmen
Regionalplan OWL

Gewässerschutz

Verkehrswende

Klimaschutz

BUND-Jugend

Für einen Nationalpark in OWL



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland

Johannisbachaue schützen



Naturschutzverbände gegen Untersee

Offener Brief an Oberbürgermeister zählt Forderungen und Argumente auf.

■ **Bielefeld.** Die Bielefelder Naturschutzverbände BUND, Jahren mehrfach ausführlich dargelegt.“ Dazu gebe es aus-

Natur- und Umweltschutzvereine appellieren in einem offenen Brief für die Rettung der Johannissbachaue

Untersee in Bielefeld: „Ein parteipolitischer Schachzug“

Von Kerstin Sewöster

HEEPEN (WB). Dass mit Jan Maik Schilfer (FDP) und Detlef Helling (CDU) die beiden Bielefelder Vertreter im Regionalrat dagegen gestimmt haben, die Johannissbachaue im neuen Regionalplan als Naturschutzgebiet auszuweisen und damit der umstrittene Untersee eine Option bleibt, ruft jetzt auch die Bielefelder Naturschutzverbände auf den Plan.

In einem gemeinsamen offenen Brief fordern der Naturschutzbund (NABU), der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der Naturschutzvereine und Pro Grün die Herausnahme des so

genannten Untersees aus dem Regionalplan OWL und darin die Darstellung der Johannissbachaue als „Bereich zum Schutz der Natur (BSN)“. Der Brief ging an Oberbürgermeister Pit Clausen, den Stadtrat, den Regionalrat Detmold sowie an die Bezirksregierung Detmold und den Regionalrat.

Seit Jahrzehnten wird darum gestritten, werden Argumente getauscht. Aus Sicht der Naturschützer ist der Untersee ein Prestigeobjekt, das einen wichtigen Lebensraum für Pflanzen und Tiere unübertroffen zerstören würde. Zudem würde der Untersee gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie versto-

ßen, weil er das Ziel, „den Johannissbach wieder typgerecht zu entwickeln und in einen guten Zustand zu versetzen“ torpediere.

An absehbar keiner ande-

ren Stelle könne genügend (Ersatz-)Raum für natürliche Gewässerentwicklungen gegeben werden und dem Bach würde (in trockenen Zeiten) Wasser entzogen, das zur Ent-



So könnte der umstrittene Untersee aussehen. Die Umweltschutzverbände fordern jedoch, dass mögliche Pläne aus dem Regionalplan herausgenommen werden.

wicklung der Gewässerlebensgemeinschaft unverzichtbar sei, heißt es.

Besonders schwer wiegt der Vorwurf der Naturschützer, dass der Beschluss des Regionalrates vom 19. Juni dieses Jahres anstößig sei, weil gegen den mehrheitlich und somit demokratisch gefassten Beschluss des Bielefelder Stadtrates entschieden worden sei. Dazu wörtlich: „Es mag sein, dass die im Regionalrat vertretenen Stadtratsmitglieder von CDU und FDP seinerzeit übereinstimmend sind. Gleichwohl kam je-

der Beschluss demokratisch zustande und es ist üblich, dass sich auch unterlegene Meinungen einem Mehr-

heitsbeschluss beugen. Ihrer freien Überzeugung hätten diese Mitglieder im Regionalrat auch durch Enthaltung nachkommen können bzw. dem demokratischen Anstand entsprechend nachkommen müssen. Das Ab-

stimmungsverhalten der Stadtratsmitglieder widerspreche dem Geist des § 113 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW), demzufolge die Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Einrichtungen an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden seien.

Es hätten sich die gesamten Fraktionen von CDU und FDP/FW sowie der Vertreter der AfD im Regionalrat gegen

WB 11.8.23

den Ratswillen der Stadt Bielefeld positioniert. „Die Untersee-Kritiker sprechen von einem „parteilichen Schachzug“. Die Bielefelder Naturschutzverbände fordern vom Rat der Stadt, jeden möglichen Einfluss auf den Regionalrat und die Bezirksregierung wahrzunehmen und die Unterstützung der Johannissbachaue schnellstmöglich voranzutreiben. Die Bezirksregierung Detmold soll vom Regionalrat gefassten Beschluss beanstanden und stattdessen an der Herausnahme des Untersees festhalten. Eine endgültige Entscheidung fällt im Herbst, wenn der Regionalplan verabschiedet wird.

Naturschutz statt „Ententeich“

Naturschutzverbände beziehen in einem offenen Brief Stellung zur Johannissbachaue

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Sprungbachwald bleibt



Protest gegen Baumfällungen am OWD



Hagenbrockwald bleibt



Einsatz für Naturwaldkonzept

Baumspaziergänge Waldwanderungen



BUND Kreisgruppe Bielefeld
7. Sept. · 🌍

Am Freitag den 8. September gibts eine Baumwanderung im Bielefelder Osten. Eingeladen hat die Bielefe... Mehr anzeigen

Baumwanderung im Bielefelder Osten.

Start: am AWO Aktivitätszentrum
Meinolfstraße 4, Bielefeld

- Die wichtigen Funktionen unserer Stadtbäume
- Die Auswirkungen des Klimawandels auf den

bielefeld.bund.net
Baumwanderung im Bielefelder Osten

BUND Kreisgruppe Bielefeld
hat eine Veranstaltung erstellt.
18. Mai · 🌍



SO, 21. MAI
Eine Frühlingswanderung durch die Buchenwälder des ... Interessiert

In der Gruppe „Die Nationalparkfreunde“ geteilt

Werbung für Naturgärten





März 2021: Umfassende Stellungnahme zu neuen Siedlungsgebieten (ASB), Gewerbegebieten (GIB), Grünzügen und „Bereichen zum Schutz der Natur (BSN)

Oktober 2022: Bezirksregierung lehnt fast alle Anregungen und Bedenken ab – Demo beim Regionalrat
 August 2023: Regionalrat beschließt Festhalten am Untersee und weitere Siedlungsbereiche



Naturschutz

Flächenschutz
 Stellungnahmen
 Regionalplan OWL

Gewässerschutz

Verkehrswende

Klimaschutz

BUND-Jugend



2023: Der nicht nachlassende Einsatz hat sich gelohnt.

Reitsportanlage kontra Landschaftsschutz

Gericht bestätigt Baustopp für Hagedorn-Ranch

Das Oberverwaltungsgericht erkennt bei der Unternehmerin Barbara Hagedorn zwar viel Bemühen, aber das ändere an dem Wesen ihres Bauantrages nichts. Naturschützer wollen, dass die Genehmigung aufgehoben wird.

Ludger Osterkamp

■ **Bielefeld.** Im Rechtsstreit um ihren geplanten Pferdebetrieb hat die Gütersloher Unternehmerin Barbara Hagedorn einen weiteren Dämpfer erlitten. Das Oberverwaltungsgericht Münster erklärte das Stilllegen der Baustelle jetzt für rechtmäßig. Die Stadt Bielefeld, die den Baustopp für die SL Riding Ranch Anfang September verhängte, habe richtig gehandelt.

Der Gerichtsbeschluss ist unanfechtbar. Der 2. Senat des OVG erklärt in seiner Begründung, die Stadt Bielefeld habe dargelegt, dass es an der Stilllegung ein besonderes öffentliches Interesse gebe. Ohne diese Verfügung bestünde die Gefahr, dass Hagedorn die Arbeiten fortsetze.

Es gehe, so das OVG, um die „Ordnungsfunktion des Baurechts“. Hätte die Stadt den Bau nicht gestoppt, könnte das eine „negative Vorbildwirkung“ für andere Bauherren



Jeanette Salzmann

■ **Gütersloh.** Die jüngsten Äußerungen von Barbara Hagedorn zu ihrem Bauvorhaben „Riding Ranch“ auf der Grenze von Gütersloh und Bielefeld möchte der BUND nicht unkommentiert lassen. „Das seltsame Rechtsverständnis von Frau Hagedorn“ wollen Petra Schepsmeier, Jürgen Birtsch und Adalbert Niemyer-Lüllwitz als Vorstand der BUND-Kreisgruppe deshalb

„Fall darf nicht zum Vorbild für Rechtsbrüche werden“

Der BUND will die Äußerungen der Gütersloher Unternehmerin Barbara Hagedorn nicht unkommentiert lassen. Sogar ein Deal jenseits des Naturschutzrechts soll dem Naturschutzbund vorliegen.



schon aus dem Bauantrag hervor, dass primär eine Reitsportanlage errichtet werden soll, die mit Landwirtschaft nichts zu tun hat“, stellt Jürgen Birtsch fest. Das Verwaltungsgericht Minden sei dieser Argumentation mit dem Baustoppbeschluss gefolgt. Sowohl die Stadt als auch Hagedorn hätten dagegen auf Rechtsmittel verzichtet. Hobbyreitsport stehe bei diesem „attraktiven Familienprojekt“, wie Hagedorn es nennt, eindeutig im Mittelpunkt.

Minden setze sie die Bauarbeiten fort, ignoriere wochenlang Aufforderungen, die Arbeiten zu stoppen. Für dieses rechtswidrige Handeln hat die Stadt 60.000 Euro Zwangsgeld erhoben. Hagedorns Beschwerde dagegen wurde in letzter Instanz vom Oberverwaltungsgericht Münster abgewiesen. Über einen Eilantrag von Barbara Hagedorn vom 1. März 2022, den Baustopp aufzuheben, hat das Verwaltungsgericht Minden noch nicht entschieden. Tatsächlich sei es

BUND begrüßt Rücknahme des Eilantrags gegen Baustopp

Riding Ranch: Umweltverband nimmt Stellung zur Ankündigung von Unternehmerin Barbara Hagedorn.

Barbara Hagedorn ihren Eilantrag gegen den Baustopp zurückgenommen (siehe Seite 12). Das Verwaltungsgericht Minden hat den Schritt zwischenzeitlich für rechtmäßig erachtet. Der Vorstand des Bundes für Umwelt und Naturschutz in Bielefeld, Jeanette Salzmann, kritisiert an der Genehmigung die Rücknahme sei ein Schritt zurück. Jetzt einer vom Verwaltungsgericht abgelehnten Eilantrag von 2022

Genehmigung baurechtlich nicht tragfähig ist.

Petra Schepsmeier ergänzt: „Es ist schon bemerkenswert, mit welcher Hartnäckigkeit

Barbara Hagedorn der Öffentlichkeit ihr Bauvorhaben als rechtmäßig und sogar umweltfreundlich verkauft. Seit dem besagtem Eilantrag hat die Unter-

nehmerin mit zahlreichen neuen Schriftsätzen und Gutachten versucht, auch das Verwaltungsgericht für sich zu gewinnen. Ganz offenbar geben ihre ein- und nachgereichten Bauunterlagen aber nicht her, was sie will. Voraussetzung für eine Baugenehmigung im Landschaftsschutzgebiet ist und bleibt die Anerkennung als landwirtschaftlicher Betrieb.“

Jürgen Birtsch erklärt die Beweggründe des BUND: „Wenn Frau Hagedorn die Landschaft abschätzig als ‚Kuhweide‘ bezeichnet, zeigt das, dass ihr der Wert des

len im Boden und benen Blüten an. Auch viele Vögel sind hier. Nießer dieser Landschaft in Holtkamp vor. Steinkauz wird seine nicht auf Beton jagen. Der Grund für das Urteil des BUND ist die dieser Landschaft.“

„Schlimm genug“, sagt Schepsmeier weiter. In ihrem Statement, „dass Barbara Hagedorn durch den Eilantrag die Stadt überhaupt mit dem Baustopp beginnen konnte. Aber die Versiegelung wertvoller Flächen trotz rechtsgültiger



Laut Oberverwaltungsgericht ist der Baustopp an der Haller Straße in Holtkamp rechtmäßig. Seit September passiert nichts mehr auf der Baustelle.

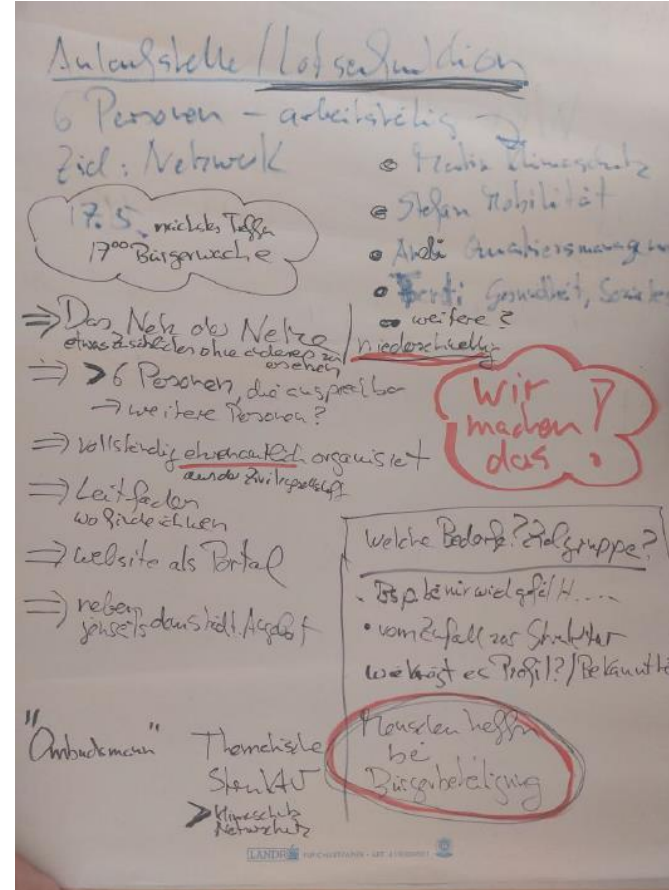
Foto: Thomas

Oberverwaltungsgericht weist Hagedorn-Beschwerde zurück – Erfolg für den Bund für Umwelt und Naturschutz

Baustopp auf Riding Ranch rechtmäßig

Eilantrag von 2022

Workshop Bürgerbeteiligung 3 Termine in Folge



Wer ist heute hier?

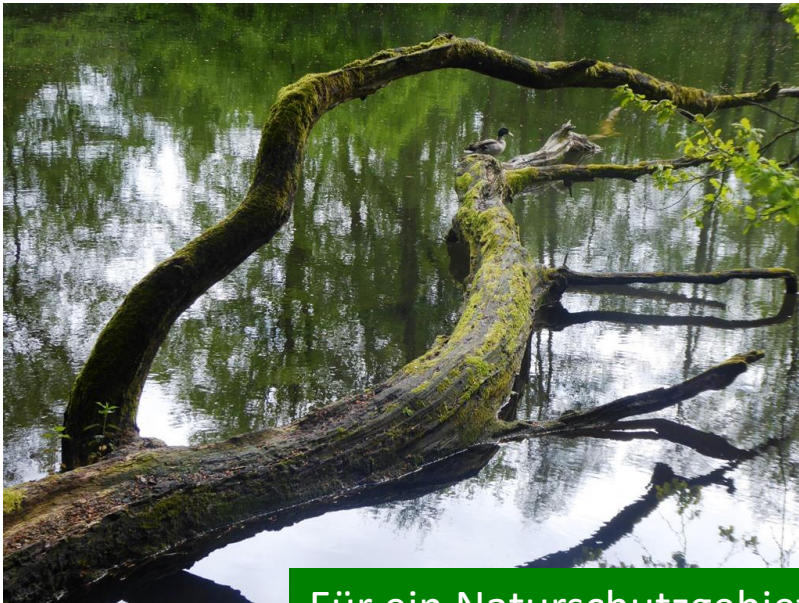
	Heinz	Matthias	Rolf	Bernd	Lea	Carsten
Martin						
Claudia	Bürgerhaushalt Sparmaßnahmen	Mitbestimmung Obmannheim-Viertel	Runde Tisch Konversion			
Gisela	BUND	Extinction Rebellion	Kommunalpolitik Bielefeld			
Anke	VCD	Klimabündnis Bielefeld	Brain's Tea			
Sigrid	Regionalplanung Obel B-Pläne Bielefeld	Loschütz	mehr Demokratie AG Bielefeld			
Jürgen	Radstationen Bürgerbegleiten	Demos	Ini Bürgerhaushalt			
Irma	Vorkonzepte umsetzen Wilhelmshöhe					
Karin	Petra	Sven	Reiner			
					Entschuldigt Regina Mahl-Schoofs Ina Tünnermann Adalbert Niemeyer-Lüllwitz	

Ergebnis: eine neue feste AG. Ziel: Lotsenfunktion für Bielefelder:innen. „Das Netz der Netze“

Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung

Austausch im Umweltzentrum.

■ Bielefeld. Ob es ein Leserbrief ist, eine Anfrage in der Bezirksvertretung, Anregungen aus dem Klimabeirat oder Stellungnahmen im Rahmen der Bauleitplanung – Bürgerbeteiligung hat viele Gesichter und ist für das Gemeinwesen unverzichtbar. „Unsere Möglichkeiten als Bürgerinnen und Bürger gehen über das Kreuzchen bei der Kommunalwahl hinaus“, sagt Petra Schepsmeier vom BUND Bielefeld. Deswegen wird am Donnerstag, 12. Januar von 18 bis 20 Uhr im Umweltzentrum in der August-Bebel-Straße 16–18 zum Austausch eingeladen. Anknüpfend an die Erfahrungen und Erwartungen der Teilnehmenden mit Bürgerbeteiligung, stellen Bernadette Buren und Thomas von Selher vom Klimabündnis Bielefeld und dem Netzwerk Bürgerbeteiligung verschiedene Instrumente vor. Anmeldung unter Service@bund-bielefeld.de ist erforderlich.



Für ein Naturschutzgebiet
Ems-Lutter

Lokales MITTWOCH
19. AUGUST 2023

Naturjuwel im Bielefelder Süden

Die Ems-Lutter-Aue weist trotz des hohen Siedlungsdrucks eine Vielzahl schützenswerter Biotope auf und soll nach dem Willen der Brackweder ein eigenständiges Naturschutzgebiet werden. Doch das zieht sich hin.

Susanne Lahr

■ Bielefeld. Es ist schon ein wenig gemein, wenn nur ein Zwilling alle Aufmerksamkeit ablenkt. Vom Sommermärchen war 2022 die Rede, vom neuen Hauch Venedig, von einem ganz neuen Lebensgefühl in der Bielefelder City. Doch wo soll stumm Jahr die Lutter oberirdisch durch ihr Natursteinbett in der Ravensberger Straße fließen und bei schönem Wetter die Menschen anlocken. Doch während in die Offenlegung der Ems-Lutter seit Jahren viele Millionen gesteckt werden, fließt die Ems-Lutter im Bielefelder Süden fast ein Aachenspundel. Dabei entspringt sie derselben Quelle, sie hat im Vergleich zur urbanen Schwester so viel zu bieten, das Kennen möchten, dass deren Aue zum Naturschutzgebiet (NSG) wird. Und sie können dafür viele gute Gründe anführen.

„Es ist wichtig, das zu schützen, was wertvoll ist“, sagt Adalbert Niemeier-Lüllwitz, Ernt im Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) auf Kreis- und Landesebene im Vorstand, sitzt im Bielefelder Naturschutzbeirat, wohnt in der Quelle. Der Experte für Gewässerschutz kennt die Ems-Lutter damit sozusagen aus dem Effek.

Denn aus der Quelle im Schatten des Ostwestfalendammes zwei Flüsse entspringen, die in unterschiedliche Richtungen fließen, ist eine absolute Besonderheit. Die Lutter, die in südwestlicher Richtung bei Harsenwinkel der Ems entspringt, ist insgesamt ca. 10 Kilometer lang, etwa die Hälfte davon fließt sie über Bielefelder Gebiet. Die Zuzüge, die über Aa und Werre in die Weser entwässert, ist 12,1 Kilometer lang.

Reikte aus der Eiszeit direkt neben Wohn- und Gewerbegebieten

Nur wenige Meter südlich der verkehrsreichen Osnabrücker Straße glaubt man sich schon in einer anderen Welt. Die Hänge des kleinen Kerltals sind mit bis zu 200 Jahre alten Buchen und mit Schwarz-erlen bewachsen, die Sommerblumen durch die aufsteigenden Blätter, am Grund plätschert der klare Bach in einem Sandbett – Reikte der Eiszeit. Ein kleiner Tümpel fließt oben entlang. Nicht weit davon liegt der Parkplatz des Naturdenkmal Brackwede.

Auf dem Weg zur Stadtgrenze wechselt die Aue ständig ihr Bild. Die Ems-Lutter hat gerade auf Bielefelder Gebiet eine große Biotopvielfalt aufzuweisen, erklärt Adalbert Niemeier-Lüllwitz. Da gibt es Teiche und Tümpel, Auwäldchen, Erlenbruchwälder, Sümpfe und Rohrichte, Feuchtwiesen. Reite eiszeitlich über den erhaltene naturnahe Bachläufe beziehungsweise Gewässersysteme einschließlich ihrer Auen als NSG geschützt, betont Niemeier-Lüllwitz. Er zählt einige Beispiele auf: Johanniskamp bis zum Obersee (50 Hektar), Beckendorfer Mühlensbach mit Nebenbächen (125 Hektar), Schwarzbach und Moorbach (34 Hektar). Bei der Lutter sei lediglich der Quellbereich als Naturschutzdenkmal ausgewiesen. Insgesamt hat Bielefeld 39 NSG, die 7,5 Prozent des Stadtgebietes ausmachen.

Die Ems-Lutter liegt zwar im Landschaftsschutzgebiet Bielefeld-West und ist im Regionalplan als Bereich zum Schutz der Natur ausgewiesen, ist, hat aber keinen ge-
wichtigen Schutzstatus. „Öffentliche Interessen könnten im Ernstfall schwerer wegen als der Schutz der Natur“, sagt Niemeier-Lüllwitz. Daher begrüßt der Naturschützer den Vorstoß der Bezirksvertretung Brackwede von April 2021, die Lutter-Aue als Naturschutzgebiet ausweisen zu lassen. Sie hat die Verwaltung beauftragt, ein landschaftsplanerisches Gutachten für ein NSG zu erstellen. Das sollte eigentlich schon im Sommer 2022 vorgelegt werden, ist aber noch nicht fertig. Aufgrund der durch den allgemeinen Belästigungsangriff als „Natura 2000“ bewertet. Neben dem Trüffelbach gehen hierzu den bedeutendsten Biotops im Bielefelder Süden.

Adalbert Niemeier-Lüllwitz betont, dass eine Ausweisung als Naturschutzgebiet kein Ende der Erholungsnutzung bedeute. Im Gegenteil. Gestehle Besucherlenkung ist das Stichwort. Gerade im Abschnitt vor Niemöller Mühle könnte sich der Naturschützer entlang des kleinen Flusses holzerne Stege vorstellen, die den Besuchern das volle Naturerlebnis bieten, ohne dass die Uferbereiche Schaden nehmen.

Die Tafeln des Naturerfolgs erklären die wichtigsten Biotoptypen und welche teil seltenen Tierarten dort zu entdecken sind.

Wer dieses Symbol folgt, hat auf rund 100 Metern im Bielefelder Süden ein besonderes Naturerlebnis.

Das große Reitenankerschen, das im Bielefelder Süden die Überläufe von Sommer- und Winterbach abpuffert hat sich geschick entwickelt.

Auf den eiszeitlichen Dünen stand Anfang des 19. Jahrhunderts kein Baum, danach ist die Vegetation aufgegeben worden.

Die Ems-Lutter fließt an den Trüben im Tal vorbei. Durch den hohen Mooswäldchen müssen diese regelmäßig entweicht werden.

Naturschutz

**Flächenschutz
Stellungnahmen
Regionalplan OWL**

Gewässerschutz

Verkehrswende

Klimaschutz

BUND-Jugend



Christinen-Brunnen darf im Wasserschutzgebiet Unternehmen erweitern

Trotz massiver Kritik von Umweltverbänden unterstützt eine breite Mehrheit im Stadtrat die Pläne des Getränkeherstellers

Andrea Rolfs

■ Bielefeld. Nach elf Jahren Planung darf der Getränkehersteller Gering-Bunte (Christinen-Brunnen) sein Bauvorhaben in einem Wasserschutzgebiet an der Gütersloher Straße umsetzen – trotz massiver Warnungen von Umweltschützern. Vor der Sitzung des Stadtrates hatten rund 50 Mitglieder des Klimabündnisses Bielefeld eine Mahnwache vor dem Rathaus abgehalten. Ungeachtet dessen hat eine breite politische Mehrheit für die mögliche Bebauung gestimmt. Die Fraktion der Grünen hat sich gegen das Vorhaben gestellt. Anders als die Koalitionspartner SPD und Linke. Bisher hatte das rot-grüne Bündnis stets gehalten. Auf einer zehn Hektar großen Fläche entlang der Gütersloher Straße und des Tüterbachs und zu beiden Seiten

rat und mehrere Umweltverbände wie der BUND hatten die Planung wegen des Eingriffs in die Natur abgelehnt. Dominic Hallau (Grüne) kritisierte vor allem die lange Planungsphase. Das Projekt passe nicht mehr in die Zeit, Wirtschaft und Naturschutz müssten heute zusammengehen, sagte er. Eine neue Bebauung in einem Wasserschutzgebiet könne seine Fraktion nicht vertreten.

Im Rathaussaal machten die Umweltschützer ihren Unmut während der Sitzung immer wieder laut deutlich. Auch als Peter Seifert (FDP) die Pläne des Getränkeherstellers verteidigte. Seine Fraktion stimmte für die Erweiterungspläne von Gering-Bunte und kritisierte das Verhalten der Grünen-Fraktion. Es sei erschreckend, wie diese mit der notwendigen Schaffung von Gewerbegebieten umgehen. Karin

nicht leichtgemacht habe. „Wir wollen das Unternehmen aber in Bielefeld halten und werden deswegen für das Vorhaben stimmen.“ Lena Oberbäumer (Die Partei) kündigte an, gegen das Bauvorhaben zu stimmen und beantragte eine geheime Abstimmung in der Hoffnung, dass einzelne Vertreter der SPD oder Linken den Antrag so doch noch ableh-

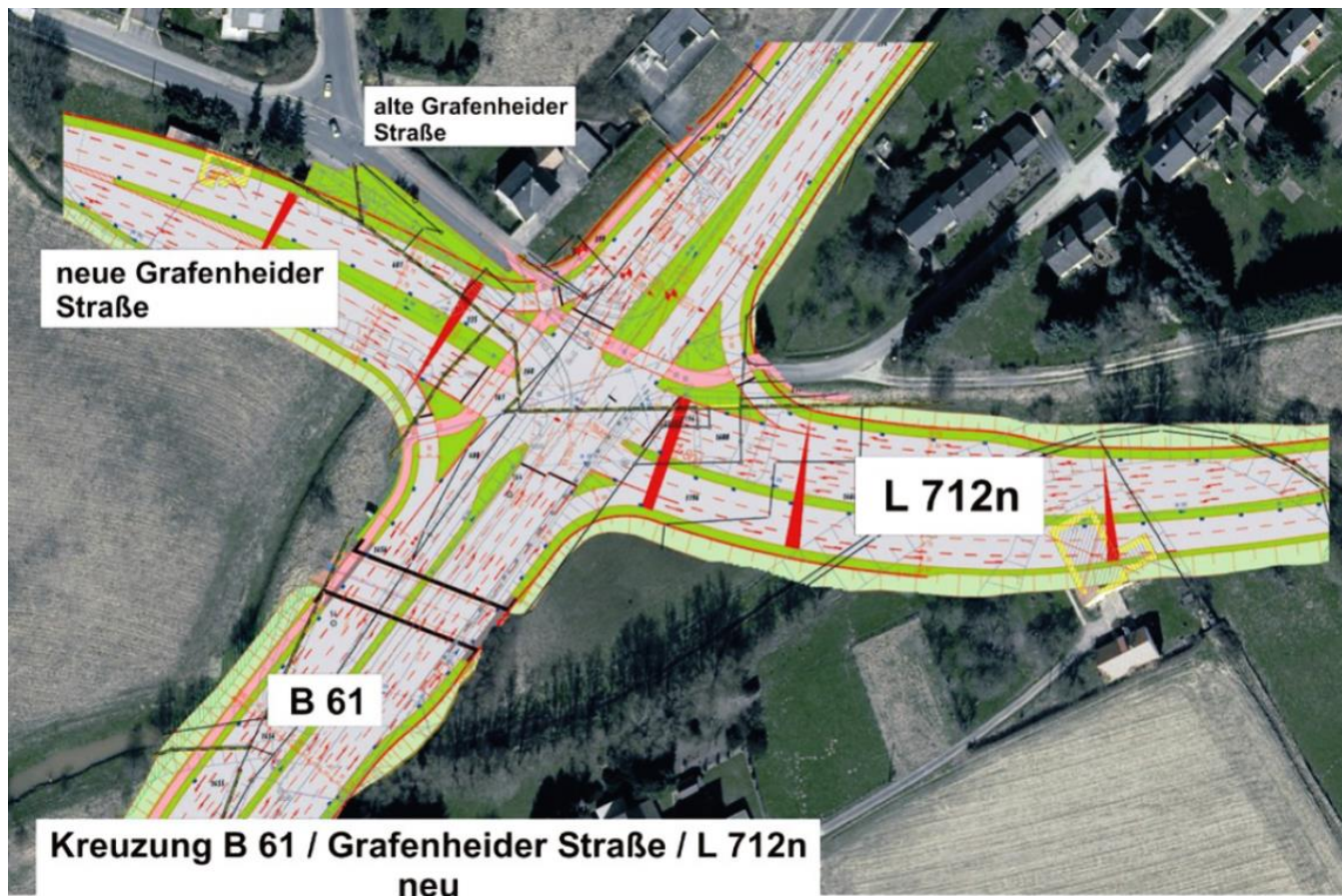
würden. Sie erhielt dafür aber nicht die notwendigen Stimmen im Stadtrat. Sprecher von „Die Partei“, LiB und Grüne betonten mehrfach im Stadtrat, dass das Vorhaben von Christinen-Brunnen nicht mit den Belangen der Natur-, Wasser- und Klimaschutz in Einklang stünde. Würde der Plan umgesetzt, käme es zu einem massiven Ein-

griff in den Landschafts- und Gewässerschutz im Bielefelder Süden. Immer wieder ging es auch um den Trinkwasserschutz im betroffenen Gebiet. Wirtschaftsdezernent Gregor Moss stellte klar, dass an der Stelle kein Wasser gefördert werden soll. Der Grundwasserspiegel werde durch das Vorhaben nicht gestört. Das sei gutachterlich nachgewiesen.

Auf schriftliche Nachfrage der NW, wie groß die genehmigte Fördermenge des Getränkeherstellers aktuell ist, heißt es, dass das Unternehmen unverändert 400.000 Kubikmeter pro Jahr Mineralwasser in Quelle und 210.000 Kubikmeter pro Jahr Trink-/Betriebswasser in Ummeln fördern dürfe. Diese Erlaubnis gelte bis 2036. Es lägen keine Anträge auf eine Erhöhung vor. Das Umweltsamt hat in einer Stellungnahme Mitte Januar die Grundwasserrechte angesichts einer eventuell reduzierten Grundwasserneubildung als „diskussionswürdig“ bezeichnet. Was heißt das für Christinen-Brunnen? Die Entscheidungen werden durch ein langjähriges Monitoring überwacht, erklärt die Stadt. Derzeit seien keine negativen Auswirkungen ersichtlich. „Sollten sich in Zukunft negative Auswirkungen zeigen, können diese durch das Monitoring erkannt werden, sodass die Was-



Mahnwache vor der Ratssitzung. Leider ohne Erfolg



Naturschutz

Flächenschutz
Stellungnahmen
Regionalplan OWL

Gewässerschutz

Verkehrswende

Klimaschutz

BUND-Jugend

Mitarbeit im Bündnis Verkehrswende,
Fahrraddemo
Unterschriftensammlung, Pressearbeit



Johannisbachaue schützen





neue Grafenheider Straße

JOHANNISBACHAU

MAHNWACHE

Bildquelle:



13.9.2023 | 16.45 Uhr | Neues Rathaus Bielefeld
Haupteingang | www.verkehrswende-owl.de

Mahnwache. Leider ohne Erfolg.

Ein dynamisches, modernes, nachhaltiges und lebenswertes Bielefeld
mit 75% Umweltverbund und 25% motorisiertem Individualverkehr im Jahr 2030.

**Leitziel 1:
Stadt- und
Straßenräume
lebenswert
gestalten**

- 1.1. Nutzungsqualität im Straßenraum durch Neuaufteilung schaffen
- 1.2. Aufenthaltsqualität öffentlicher Plätze und Räume verbessern
- 1.3. Reduzierung des quartiersfremden Durchgangsverkehrs
- 1.4. Stadtverträgliche Organisation des ruhenden Verkehrs

**Leitziel 2:
Umweltverbund in
einem vernetzten
Verkehrssystem
stärken**

- 2.1. Ausbau und Optimierung des ÖPNV-Angebotes
- 2.2. Ausbau und Optimierung des Radverkehrsangebotes
- 2.3. Verbesserung der Nutzungsqualität im Fußverkehr
- 2.4. Verknüpfungspunkte entwickeln und optimieren

**Leitziel 3:
Gleichberechtigte
Teilhabe aller
Verkehrsteilnehmer
sicherstellen**

- 3.1. Attraktive Erreichbarkeit für alle in einer Stadt der kurzen Wege
- 3.2. Barrierefreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für alle

**Leitziel 4:
Erreichbarkeit für
Bürger und
Wirtschaft in Stadt
und Region
gewährleisten**

- 4.1. Den Mobilitätszielen entsprechende Infrastruktur in der Stadt und aus der Region entwickeln und instand halten
- 4.2. Erreichbarkeit mit dem ÖV aus der Region verbessern
- 4.3. Erreichbarkeit mit dem Rad aus der Region verbessern
- 4.4. Erreichbarkeit von Gewerbe- und Handelsstandorten optimieren
- 4.5. Wirtschafts- und Lieferverkehr optimieren

**Leitziel 5:
Verkehrssicherheit
erhöhen / „Vision
Zero“**

- 5.1. Verkehrssicherheit für weniger geschützte Verkehrsteilnehmer verbessern
- 5.2. Anordnung adäquater Geschwindigkeiten
- 5.3. Entschärfung von Unfallschwerpunkten
- 5.4. Entwicklung einer Mobilitätskultur der gegenseitigen Rücksichtnahme

**Leitziel 6:
Negative
Wirkungen des
Verkehrs auf
Gesundheit und
Umwelt deutlich
reduzieren**

- 6.1. Minimierung der verkehrsbedingten Lärm- und Luftschadstoffbelastung
- 6.2. Bewegungsmangel verringern
- 6.3. Emissionsarme Mobilität im Individualverkehr, öffentlichen und Wirtschaftsverkehr fördern
- 6.3. Quartiersfremden Schwerlastverkehr verringern

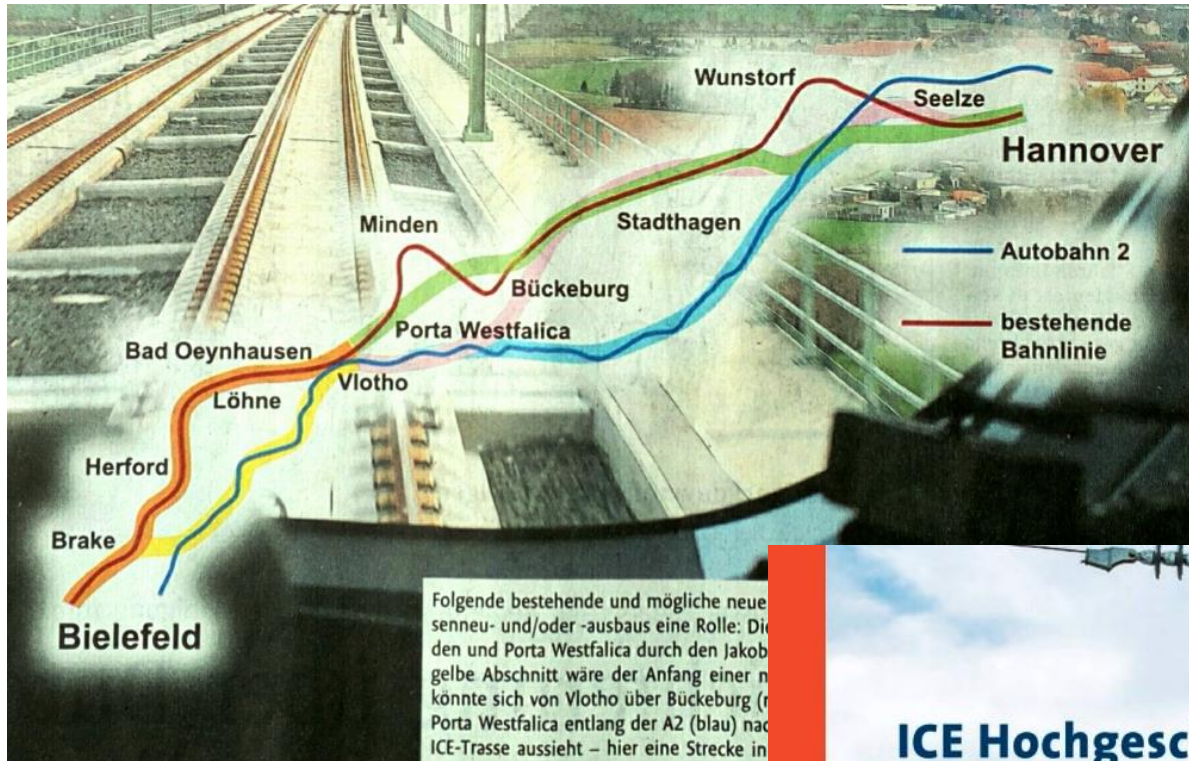
Neue AG in Kooperation „Das Tor vom Westen zur Innenstadt“

Neue Kooperation



Goldbach/Ecke Arndtstr. Richtung Mokka Klatsch

ICE-Trasse



Mitarbeit in der AG der
Naturschutzverbände OWL /
Niedersachsen
Mitwirkung am „Bahn-Dialog“,
Fachtagung 5.11.2022



ICE Hochgeschwindigkeits- strecken und Klimawandel

Anspruch und Wirklichkeit

Wie klimafreundlich
ist die geplante
ICE Ausbau-/Neubaustrecke
Hannover-Bielefeld?





BUND Kreisgruppe Bielefeld
5. Jan. · 🌐

Ab Bielefeld fährt ein gemeinsamer Bus von BUND und Parent for future OWL, der auch noch in Gütersloh st... Mehr anzeigen



Großdemo am 14.1. - Aufruf und Organisation der Busfahrt



Naturschutz

Flächenschutz
Stellungnahmen
Regionalplan OWL

Gewässerschutz

Verkehrswende

Klimaschutz

BUND-Jugend



Lützerath – sind die Klimaziele noch erreichbar?

Podiumsdiskussion in der Raspi mit über 100 Teilnehmenden



1. Mai Ravensberger Park Klima Quiz der Klima AG



**WE ARE
WATCHING**



YOU

15. September
14 Uhr
Rathaus



Globaler Klimastreik





Vor zwei Jahren setzten sich zahlreiche Bielefelder unter dem Motto „Zwei Jahre Klimanotstand. Die Zeit läuft!“ mit einer Menschenkette für konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz ein. Foto: Peter Unger

Klimabündnis drängt auf Taten

In einem Brief fordern die Aktivisten den Oberbürgermeister und den Rat zu einem Umdenken bei der Klimapolitik auf. Sonst seien die Klimaziele der Stadt in Gefahr.

■ **Bielefeld.** Die Stadt Bielefeld hat sich auf die Fahnen geschrieben, bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu sein. „Dieses Ziel wird klar verfehlt“, warnt jetzt das Klimabündnis Bielefeld in einem offenen Brief, den es an Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD), die Beigeordneten der Stadt und die Mitglieder des Stadtrates gerichtet hat.

„Der Klimawandel erlaubt kein Zögern mehr“, warnen die Unterzeichner Bernadette Bueren, Angelika Claussen, Petra Schepsmeier und Thomas von Sehlen. „Ohne sofortige und konsequente Maßnahmen werden sich unumkehrbare Veränderungen in den Ökosystemen ergeben, die das Leben für viele Menschen und

bündnis Bielefeld, in dem sich rund 30 Organisationen zusammengeschlossen haben, „keine wirklich relevanten Maßnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes und zum Schutz der Arten in Bielefeld feststellen können. Vielmehr würden „folgenreiche Straßenbauprojekte“ wie die L712n, die B61n und die Pläne für eine vierspurige Herforder Straße vorangetrieben.

Zudem würden auch weiterhin Gewerbeflächen in Wasser- und Naturschutzgebieten geplant und alte Bäume gefällt. „Wir sind in großer Sorge, dass dringend erforderliche Maßnahmen verzögert oder zu spät ergriffen werden und die Akzeptanz bei wichtigen Interessengruppen und

vielen „gut gemeinte Maßnahmen“ am Widerstand einzelner Interessengruppen gescheitert oder wurden aufgrund der Proteste verzögert und verwässert, so sei dies auch bei der Verabschiedung des Handlungsprogramms und der Umsetzung zukünftiger Maßnahmen zu befürchten.

„Bielefeld braucht neue Wege, die Menschen bei diesen einschneidenden Veränderungen zu informieren und mitzunehmen“, fordern die Unterzeichner. „dringend notwendigen Transformationsprozessen als allererstes ein Kommunikationsprozess“.

Viele Kommunen hätten dies begriffen und versuchten

lang nicht eingeplant wird.“

Nach der Auffassung der Unterzeichner müsse die Bürgerbeteiligung intensiviert und mit neuen Formaten zeitgerecht gestaltet werden – und zwar bevor das Handlungskonzept im Rat verabschiedet werde.

Der sechste Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) dieses Jahres finde in der „Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung“ deutliche Worte: „Einige künftige Veränderungen sind unvermeidbar und/oder unumkehrbar, können aber durch eine tiefgreifende, rasche und anhaltende Minderung der glo-

Klimabündnis Bielefeld

August 2023

Offener Brief
an den Oberbürgermeister und die Beigeordneten der Stadt Bielefeld und an die Mitglieder des Stadtrats

Den Worten müssen Taten folgen

Klimabündnis Bielefeld fordert mehr Transparenz, mehr Beteiligung, mehr Tempo und mehr Konsequenz bei der Klimapolitik

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Herren Beigeordnete,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,

gezeichnet:

Bernadette Bueren
Dr. Angelika Claussen
Petra Schepsmeier
Dr. Thomas von Sehlen



Klima AG

Vorträge Klimaneutralität



 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Worum es geht →

Wie kann eine CO₂-neutrale kommunale Energieversorgung aussehen?
SPD Bielefeld: AK Umwelt & Klimaschutz
Dienstag, 7. März 2023, 19.30 Uhr

Impuls: Petra Schepsmeier, BUND Bielefeld

7. März



„Die einzige reale Verbindung in die Zukunft sind unsere Kinder.“
Olof Palme

Wie kann eine CO₂-neutrale kommunale Energieversorgung aussehen?
OV Isselhorst/Avenwedde
Montag, 22. Mai 2023, 19.30 Uhr

Impuls: Petra Schepsmeier

 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

22. Mai

Klima AG

Optimieren
oder
tauschen?



Heizung – optimieren oder tauschen?

Dienstag, 26. September 2023, 18:00 – 20:00 Uhr
Haus der Kirche, Markgrafenstr. 7, Bielefeld

Das geplante Heizungsgesetz sorgt bei vielen Menschen für Unsicherheit: Was ist vorgesehen, wer ist davon betroffen und was ist jetzt sinnvoll? Die Klima-AG des BUND lädt deswegen gemeinsam mit Kooperationspartnern zum Infoabend ein.

Der Eintritt ist frei.





Naturschutz

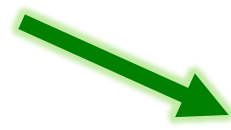
Flächenschutz
Stellungnahmen
Regionalplan OWL

Gewässerschutz

Verkehrswende

Klimaschutz

BUND-Jugend





bundjugend_bielefeld • Gefolgt

KLIMAPOLITISCHER FILMKREIS

Der laute Frühling

Do, 26.01. / 20 Uhr
IM AJZ

umweltgewerkschaft
Die Erde vor dem Kollaps retten!

Gefällt 26 Mal

bundjugend_bielefeld Unser Klimapo Filmkreis geht in die nächste Runde!

bundjugend_bielefeld • Gefolgt
Grüner Würfel Bielefeld

LESEKREIS

KAPITALISMUS UND KLIMAKRISE

Einmal im Monat
Erstes Treffen: Mi, 12.04.
19-21 Uhr
Ort: Grüner Würfel

Gefällt 25 Mal

bundjugend_bielefeld Im Rahmen der Bielefelder Aktionswochen gegen Rassismus 2023 möchten wir am 21. April um 19 Uhr in der VHS gemeinsam den...

bundjugend_bielefeld • Gefolgt
VHS Bielefeld

"DANKE FÜR DEN REGEN"

(ORIGINAL MIT DT. UNTERTITELN)

EINTRITT FREI*
*WIR FREUEN UNS ÜBER SPENDEN

FILM UND DISKUSSION

FR, 21. APRIL
19:00 UHR
VHS, MURNAUSAAL

Gefällt 25 Mal

bundjugend_bielefeld Im Rahmen der Bielefelder Aktionswochen gegen Rassismus 2023 möchten wir am 21. April um 19 Uhr in der VHS gemeinsam den...

bundjugend_bielefeld • Gefolgt

Koloniale Spuren

Interaktiver Stadtspaziergang durch Bielefeld

So, 26. März
15 - ca.17:30 Uhr

Treffpunkt:
Kunsthallenpark

Gefällt 53 Mal

bundjugend_bielefeld Stadtspaziergang Koloniale Spuren Bielefelds



Gemütliches





FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

BUND Bielefeld - Treffen an jedem ersten
Donnerstag im Monat 19.00 - 20.30 Uhr
AG Klimaschutz

Kontakt: service@bund-bielefeld.de
<https://bielefeld.bund.net/>
<https://www.facebook.com/Bund.Bielefeld/>
https://instagram.com/bund_bielefeld

